

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Januar 2026

Inhalt

Nachrichten aus den europäischen Institutionen	1
EU-Rat: Zypern übernimmt den Vorsitz mit einem Schwerpunkt auf sozialer Kohäsion	1
EU-Kommission: erste Strategie gegen Rassismus vorgelegt.....	1
EU-Kommission untersucht Elon Musks künstliche Intelligenz nach Deepfake-Skandal.....	1
Europarat weist auf wichtige Lücken beim Schutz der Arbeitnehmerrechte in Europa hin	2
Nachrichten aus den europäischen Staaten.....	2
Schweden: erster Sozialklimaplan zur Unterstützung benachteiligter Haushalte	2
Italien: Kommissar des Europarates fordert erneute Maßnahmen zum Brechen des Armutskreislaufs	2
<i>Kurznachricht: Mindestalter für Social Media</i>	3
Weitere Nachrichten	3
Human Rights Watch über Fortschritte bei den Kinderrechten im Jahr 2025.....	3
Eurostat: Welches Land in Europa wartet am längsten mit der Geburt von Kindern?	3
COFACE: Familien und Klimawandel – Wegbereiter für eine familienorientierte Klimapolitik in Europa.....	4
COFACE: der Einfluss Europas auf die finanzielle Inklusion von Familien	4
Berichte und Studien	4
Europarat: Lücken und Maßnahmen im Bereich der KI- und algorithmengesteuerten Diskriminierung.....	4
EU JRC: Generationengerechtigkeit in der EU – Einkommens- und Wohnungsdynamik.....	5
EU-Kommission, DG EMPL: Armut basierend auf Einkommen und Nettovermögen – Muster und Trends	5
Zentrum neue Sozialpolitik: Deutschland verschlechtert sich im EU-Vergleich	5
UNICEF: Nie lebten mehr Kinder in Kriegs- und Krisengebieten	5
Bevorstehende Veranstaltungen	6

Nachrichten aus den europäischen Institutionen

EU-Rat: Zypern übernimmt den Vorsitz mit einem Schwerpunkt auf sozialer Kohäsion

Turnusgemäß ging der Vorsitz des Rates der Europäischen Union für das erste Halbjahr 2026 auf Zypern über. Zypern arbeitet hierbei im Trio mit seinen Vorgängern Polen und Dänemark zusammen (s. [AGF-EuropaNews 01/25](#)). Das von Zypern vorgelegte Programm steht unter dem Motto „An Autonomous Union. Open to the World.“ Es umfasst fünf übergreifende Prioritäten: Sicherheit und Verteidigung; Wettbewerbsfähigkeit; Weltoffenheit; Werte, die niemanden zurücklassen; sowie eine darauf ausgerichtete mittelfristige Finanzplanung. Ein wirklich autonomes Europa hänge von einer starken sozialen Kohäsion ab, wozu auch die Bekämpfung der Armut gehöre. In diesem Zusammenhang werde sich der zyprische Ratsvorsitz auf die Förderung der Umsetzung des Europäischen Plans für bezahlbaren Wohnraum und der bevorstehenden Strategie zur Bekämpfung der Armut konzentrieren und Initiativen vorantreiben, die eine ungehinderte Versorgung aller mit sicheren, hochwertigen Lebensmitteln gewährleisten. Kinder müssten geschützt und auf die Herausforderungen einer sich rasch verändernden Welt vorbereitet werden. Die zyprische Ratspräsidentschaft werde die Umsetzung der Europäischen Garantie für Kinder vorantreiben, Kinderarmut bekämpfen und den Zugang zu erschwinglicher, hochwertiger frühkindlicher Bildung sicherstellen. In diesem Zusammenhang werde der Ratsvorsitz auch das digitale Wohlergehen fördern, indem er ein sichereres Online-Umfeld für Minderjährige schafft, unter anderem durch den erwarteten Aktionsplan der Kommission gegen Cybermobbing. Der Ratsvorsitz werde auch die vollständige Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte unterstützen, indem er die Gleichstellung der Geschlechter fördert, Hindernisse für Menschen mit Behinderungen beseitigt und ein aktives Altern in Würde, Solidarität und generationsübergreifendem Gleichgewicht unterstützt. Für den Ministerrat Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz (EPSCO) beinhaltet das Programm, das europäische Sozialmodell durch die Europäische Säule sozialer Rechte zu stärken, die Union of Skills voranzubringen und eine widerstandsfähigere und integriertere Europäische Gesundheitsunion zu fördern. Dem Rat Justiz und Inneres (JHA) wurde unter anderem der Schutz Minderjähriger vor Online- und Offline-Bedrohungen aufgetragen, einschließlich der rechtzeitigen Annahme der Verordnung zur Prävention und Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern (CSA-R, s. zuletzt [AGF-EuropaNews 11/25](#)).

- [EU-Ratsvorsitz: Programme of the Cyprus Presidency](#) 

EU-Kommission: erste Strategie gegen Rassismus vorgelegt

Die neue Strategie baut auf dem EU-Aktionsplan gegen Rassismus 2020-2025 auf. Zu ihren Zielen gehört es, die Umsetzung und Durchsetzung bereits bestehender EU-Antidiskriminierungsvorschriften zu stärken. Außerdem soll die Strategie zum Abbau von Hindernissen und zur Förderung von Inklusion in den Bereichen Bildung, Beschäftigung, Gesundheitsversorgung und Wohnraum beitragen. Ein weiterer Schwerpunkt soll im Aufbau von Partnerschaften gegen Rassismus auf allen Ebenen der Gesellschaft bestehen.

- [EU-Kommission: Neue Strategie gegen Rassismus fördert Gleichheit für alle](#)

EU-Kommission untersucht Elon Musks künstliche Intelligenz nach Deepfake-Skandal

Die Europäische Kommission kündigte eine formelle Untersuchung des umstrittenen KI-Chatbots Grok von Elon Musk gemäß dem Gesetz über digitale Dienste (DSA) an, nachdem das Tool dazu verwendet wurde, Musks Social-Media-Plattform X mit künstlich erzeugten Nacktbildern von realen Personen, darunter Frauen und Kinder, zu

überschwemmen. Grok ist über X zugänglich, das den strengsten Vorschriften des DSA unterliegt. Die Kommission erklärte, dass im Rahmen der Untersuchung geprüft werde, ob die Social-Media-Plattform die gesetzlichen Anforderungen zur Minderung der mit den Ergebnissen der KI verbundenen Risiken erfüllt habe. Zu den Bildern gehörten sexuell eindeutige Bilder und Material über sexuellen Kindesmissbrauch (CSAM).

- [EU: Kommission prüft Empfehlungssysteme von Grok und X im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste](#)

Europarat weist auf wichtige Lücken beim Schutz der Arbeitnehmerrechte in Europa hin

Der Europäische Ausschuss für soziale Rechte (ECSR) hat seine Schlussfolgerungen für 2025 veröffentlicht. Diese rechtlichen Bewertungen der Leistung der Unterzeichnerstaaten in Bezug auf wichtige arbeitsbezogene Rechte, die durch die Europäische Sozialcharta geschützt sind, zeigen Mängel bei der Gewährleistung der Arbeitnehmerrechte in vielen europäischen Ländern auf. Der Ausschuss stellte erhebliche Probleme hinsichtlich der Nichteinhaltung fest, insbesondere übermäßige Arbeitszeiten, unzureichender Schutz für gefährdete Arbeitnehmergruppen, geschlechtsspezifische Lohnunterschiede und Ungleichbehandlung, Hindernisse für wirksame Tarifverhandlungen sowie Versäumnisse bei der Bewältigung neuer und aufkommender Risiken.

- [European Committee of Social Rights highlights key gaps in labour rights protection across Europe](#)

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Schweden: erster Sozialklimaplan zur Unterstützung benachteiligter Haushalte

Der schwedische Sozialklimaplan ist der erste seiner Art, der von der Europäischen Kommission im Rahmen des neuen Sozialklimafonds genehmigt wurde. Mit den Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung trägt der Fonds dazu bei, den Übergang zu einer sauberen Wirtschaft für benachteiligte Bevölkerungsgruppen fair und inklusiv zu gestalten. Der Plan konzentriert sich vollständig auf den Verkehrssektor. Konkret kommt er Haushalten mit niedrigem und mittlerem Einkommen in 177 ländlichen Gemeinden und 433 Gebieten (die etwa ein Drittel der schwedischen Bevölkerung abdecken) mit begrenzten öffentlichen Verkehrsmitteln zugute. Er unterstützt auch Bürger:innen, die am stärksten von steigenden Transportkosten betroffen sind und Schwierigkeiten haben, Zugang zu sauberen, nachhaltigen Verkehrsmitteln zu erhalten. Von 2026 bis 2032 werden im Rahmen des schwedischen Sozialklimaplanes insgesamt 532,8 Millionen Euro bereitgestellt, um den Bürger:innen einen erschwinglicheren Zugang zu Elektroautos zu ermöglichen. Nach Einschätzung der Kommission gewährleistet der schwedische Plan eine langfristige Reaktion auf die Auswirkungen, mit denen benachteiligte Haushalte konfrontiert sind, und trägt zu einem sauberen Übergang bei.

Italien: Kommissar des Europarates fordert erneute Maßnahmen zum Brechen des Armutskreislaufs

Während seines Besuchs traf der Menschenrechtskommissar des Europarates, Michael O'Flaherty, in der Grundschule Pisacane mit Kindern, Lehrern, lokalen Behörden und Vertretern der Organisationen Con I Bambini und Asinitas zusammen. Der Kommissar forderte die nationalen Behörden nachdrücklich auf, Fortschritte bei der Beseitigung der anhaltenden Kinderarmut zu erzielen und die Menschenrechtsarchitektur des Landes zu stärken, unter anderem durch die Einrichtung einer unabhängigen nationalen Menschenrechtsinstitution (NHRI).

Kurznachricht: Mindestalter für Social Media

- Das Oberhaus des britischen Parlaments hat für ein Social-Media-Verbot für Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren nach dem Vorbild Australiens gestimmt.

Weitere Nachrichten

Human Rights Watch über Fortschritte bei den Kinderrechten im Jahr 2025

Trotz aller negativen Entwicklungen hat Human Rights Watch auch auf einige positive Highlights aus dem Jahr 2025 hingewiesen: Neue Daten der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und UNICEF zeigen, dass 20 Millionen weniger Kinder als 2020 von Kinderarbeit betroffen sind. Japan und Malawi haben die Schulgebühren an öffentlichen Sekundarschulen abgeschafft. Vietnam hat die kostenlose Schulbildung für alle Schüler*innen an öffentlichen Schulen von der Vorschule bis zur Sekundarstufe eingeführt. Im September trafen sich 92 Länder zum ersten Mal, um einen möglichen neuen internationalen Vertrag zur Gewährleistung kostenloser Bildung für alle Kinder von der Vorschule bis zur Sekundarstufe zu beraten. Bis heute haben 60 Länder ihre Unterstützung für einen solchen Vertrag zugesagt. Zum Schutz der Rechte von Kindern im Internet hat Brasilien ein wichtiges Gesetz verabschiedet und ist damit das erste lateinamerikanische Land, das ein solches Gesetz speziell für Kinder verabschiedet hat. Das gesetzliche Mindestalter für Heirat haben Bolivien, Grenada, Burkina Faso, Portugal und Kuwait auf 18 Jahre angehoben. In den Vereinigten Staaten haben die Bundesstaaten Maine, Oregon und Missouri Kinderehen verboten. Jegliche körperliche Züchtigung von Kindern haben Thailand, Tschechien und die Schweiz verboten, wodurch sich die Gesamtzahl der Länder mit solchen Verboten auf 70 erhöht hat. Die Regierung des Bundesstaates Western Australia kündigte ein neues Entschädigungsprogramm für die „Stolen Generations“ an, indigene Kinder, die im Zuge von rassistischen politischen Maßnahmen, die Anfang des 20. Jahrhunderts begannen und bis in die 1970er Jahre andauerten, gewaltsam aus ihren Familien entfernt wurden. Kinder weltweit seien weiterhin erheblichen Gefahren für ihre Rechte ausgesetzt – doch diese Beispiele zeigen, so Human Rights Watch, dass echte Fortschritte möglich sind.

- [Human Rights Watch: Gute Nachrichten für Kinder im Jahr 2025](#)

Eurostat: Welches Land in Europa wartet am längsten mit der Geburt von Kindern?

Laut Daten von Eurostat wurden Frauen in der Europäischen Union 2023 im Durchschnitt mit 29,8 Jahren Mutter, was eine Verzögerung von etwa einem Jahr gegenüber dem Jahrzehnt zuvor bedeutet. Derzeit liegt bei der ersten Geburt das Alter der Frauen zwischen 24,7 Jahren in Moldawien und 31,8 Jahren in Italien. Der Trend sei nicht auf einen fehlenden Kinderwunsch zurückzuführen, sondern darauf, dass viele Europäer:innen heute bestimmte „Voraussetzungen“ für die Familiengründung in Betracht ziehen würden. Dazu gehören z. B. der Abschluss ihrer Ausbildung, die Erlangung finanzieller Stabilität und der Aufbau einer stabilen Partnerschaft – Faktoren, deren Erreichung in der Regel länger dauert als in der Vergangenheit. Diese Verschiebung erkläre auch den Anstieg der Fertilitätsbehandlungen in ganz Europa in den letzten Jahren, mit mehr als 1,1 Millionen Behandlungszyklen in fast 1.400 Kliniken im Jahr 2021. Diese Behandlungen können jedoch teuer und emotional belastend sein – und in einigen Staaten stehen sie alleinstehenden Frauen, homosexuellen Paaren oder anderen Gruppen nicht zur Verfügung.

- [Eurostat: Fruchtbarkeitsstatistik](#)

COFACE: Familien und Klimawandel – Wegbereiter für eine familienorientierte Klimapolitik in Europa

Dieses Positionspapier skizziert Schnittstellen zwischen Klima- und Familienpolitik und enthält Empfehlungen, um sicherzustellen, dass Klimaschutzmaßnahmen inklusiv, fair und zukunftssicher sind. Mit diesem Papier fordert COFACE Families Europe einen integrierten, rechtsbasierten und sozial gerechten Ansatz für die Klimapolitik, der sozioethische Überlegungen einbezieht und die Perspektive der Familie auf allen Ebenen in den Vordergrund stellt. Der Klimawandel sei eine entscheidende Herausforderung für Familien. Diese ziehen die nächste Generation groß, sorgen für Pflege in allen Lebensphasen und sind für einen nachhaltigen Wandel von entscheidender Bedeutung. Familien seien jedoch sowohl von den Auswirkungen des Klimawandels als auch von den Maßnahmen zu dessen Eindämmung und Anpassung betroffen. Darüber hinaus seien Familien ein Ort, an dem Diskussionen über den Klimawandel stattfinden. Sie seien als Akteure des Wandels aufgefordert, einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, und sie haben ein berechtigtes Interesse daran – oft im Konflikt mit anderen Interessen oder eingeschränkten Lebensbedingungen. Kinder hätten die größte Last der Auswirkungen des Klimawandels zu tragen. Wenn sie konsequent umgesetzt werde, könne eine familienorientierte Klimapolitik dazu beitragen, die Lebensqualität und Teilhabe benachteiligter Familien zu verbessern.

- [COFACE: Families and climate change – Paving the way for a family-oriented climate policy in Europe](#) 

COFACE: der Einfluss Europas auf die finanzielle Inklusion von Familien

Finanzielle Inklusion bezieht sich im Allgemeinen auf die Möglichkeit für alle Menschen, Zugang zu grundlegenden, erschwinglichen und ihren Bedürfnissen entsprechenden Finanzdienstleistungen (wie Bankgeschäfte, Kredite, Zahlungen, Versicherungen und Sparprodukte) zu erhalten und diese zu nutzen. COFACE Families Europe betont in dem Papier, dass dies ein Grundpfeiler für die uneingeschränkte Teilhabe an der modernen Gesellschaft sei. Für Familien bedeute finanzielle Inklusion, über ein Basiskonto zu verfügen, um Einkommen zu erhalten und Rechnungen zu bezahlen, faire Kredite zu erhalten, sich gegen Lebensrisiken abzusichern und sicher für die Zukunft zu sparen. Ohne diese Dienstleistungen hätten Familien Schwierigkeiten, ein normales soziales Leben zu führen und in die Gesellschaft integriert zu sein. Finanzielle Ausgrenzung sei besonders schädlich für Haushalte mit Kindern oder anderen Angehörigen, da sie die Stabilität des gesamten Haushalts beeinträchtigt. COFACE Families Europe betont, dass der Zugang zu grundlegenden Finanzdienstleistungen als Grundrecht (abgeleitet von den Menschenrechten) behandelt werden sollte, da ohne diesen Zugang Einzelpersonen effektiv von der uneingeschränkten sozialen und wirtschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen seien. Finanzielle Inklusion sei somit kein Selbstzweck, sondern eine Voraussetzung für das Wohlergehen von Familien und die soziale Inklusion.

- [COFACE: The impact of Europe on financial inclusion of families](#) 

Berichte und Studien

Europarat: Lücken und Maßnahmen im Bereich der KI- und algorithmengesteuerten Diskriminierung

Zwei Veröffentlichungen des Europarates beleuchten die wichtigsten Herausforderungen bei der Bekämpfung von Diskriminierung durch künstliche Intelligenz und automatisierte Entscheidungssysteme in Europa. Sie beschreiben, welche Rolle Behörden, Gleichstellungsstellen und Menschenrechtsinstitutionen bei der Verhinderung von Diskriminierung und der Gewährleistung von Rechtsbehelfen spielen können.

- [Europarat: Gaps and policies in AI- and algorithm-driven discrimination in Europe](#) 

EU JRC: Generationengerechtigkeit in der EU – Einkommens- und Wohnungsdynamik

Der Bericht untersucht die Einkommens- und Wohnsituation verschiedener Generationen in der EU und bewertet die Auswirkungen auf die Generationengerechtigkeit und deren Zusammenhang mit dem demografischen Wandel. Die jüngeren Generationen seien mit wachsenden Einkommensproblemen und einem begrenzten Zugang zu bezahlbarem Wohnraum konfrontiert. Im Gegensatz zu früheren Kohorten, deren Situation sich im Vergleich zur vorherigen Generation im Allgemeinen verbessert hat, seien jüngere Menschen mit stagnierenden Einkommen, einem steigenden Armutsrisiko und schlecht bezahlten Arbeitsplätzen konfrontiert. Die Einkommensungleichheit innerhalb ihrer Altersgruppe nehme zu. Diese Einkommensdynamik ginge einher mit größeren Nachteilen auf dem Wohnungsmarkt für jüngere Menschen. Sie haben geringere Chancen, Wohneigentum zu erwerben. Als Mieter:innen leiden sie häufiger als früher unter hohen Wohnkosten.

- [EU Joint Research Centre: Intergenerational fairness in the EU: income and housing dynamics](#) 

EU-Kommission, DG EMPL: Armut basierend auf Einkommen und Nettovermögen – Muster und Trends

Diese Forschungsnotiz konzentriert sich speziell auf Armut, da diese eine der wichtigsten Herausforderungen ist, die in der Europäischen Säule sozialer Rechte und ihrem Aktionsplan identifiziert wurden. Sie beleuchtet aktuelle Muster, Trends und Dynamiken der Armut, ermittelt anhand des Einkommens und des Nettovermögens einer großen Gruppe von EU-Ländern, basierend auf Mikrodaten der Eurosystem-Erhebung über die Finanzen und den Konsum der privaten Haushalte (HFCS) zwischen 2009 und 2020.

- [EU-Kommission, Directorate-General Employment: Poverty based on income and net wealth](#) 

Zentrum neue Sozialpolitik: Deutschland verschlechtert sich im EU-Vergleich

Das Policy Paper des gemeinnützigen Thinktanks „Zentrum neue Sozialpolitik“ zeigt, wie administrative Zuständigkeiten und fragmentierte Strukturen die Chancen von Kindern in Deutschland einschränken – und welche politischen Ansätze aus anderen europäischen Ländern hier Abhilfe schaffen können. Die Befunde besagen, dass in weniger als einem Jahrzehnt Deutschland hinsichtlich schwerer materieller und sozialer Benachteiligung von Kindern vom besten zum schlechtesten Drittel der EU-Länder zurückgefallen sei. Zugleich bestünden große regionale Unterschiede beim Zugang zur Kinderbetreuung. Während ostdeutsche Kommunen die EU-Ziele für 2030 bereits erreichten oder überträfen, blieben 97,6 % der westdeutschen Kommunen klar darunter. Das Papier betont, welches Potential im politischen Lernen auf europäischer Ebene liegt – insbesondere im Rahmen der Europäischen Garantie für Kinder – und zeigt auf, wie Deutschland davon profitieren kann.

- [Zentrum für neue Sozialpolitik: Fostering children's opportunities](#)  

UNICEF: Nie lebten mehr Kinder in Kriegs- und Krisengebieten

Fast jedes fünfte Kind auf der Welt wächst in Krisen- und Konfliktgebieten auf. Das waren 2025 fast doppelt so viele wie Mitte der 1990er Jahre, so das Kinderhilfswerks UNICEF. Krieg, Hunger und eine zusammengebrochene Grundversorgung gefährdeten das Leben von Millionen Jungen und Mädchen. Die Vereinten Nationen stellten zudem für 2024 einen Höchststand schwerer Kinderrechtsverletzungen und Angriffe auf humanitäre Helfer:innen fest: 41.370 schwere Kinderrechtsverletzungen in nur einem Jahr seien für 2024 verifiziert. Das sei ein Anstieg von 25 % im Vergleich zum Vorjahr. Dahinter stünden Zehntausende Kinder, die getötet, verstümmelt, von bewaffneten Gruppen rekrutiert, entführt oder Opfer sexualisierter Gewalt wurden. Ihnen

fehlten Bildung, Schutz, medizinische Versorgung oder humanitäre Hilfe. Hunger und Kinderarmut, so UNICEF, zeigten ein eklatantes Versagen unserer globalen Politik und unserer Gesellschaft gegenüber unseren Kindern.

- [UNICEF zieht Jahresbilanz: Kindheit im Schatten von Krisen](#)

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum Online / Ort	Titel und Link	Veranstalter
3. Februar 2026, Brüssel	European labour markets under pressure – new knowledge on pathways to include persons in vulnerable situations	PATHS2INCLUDE, COFACE
4. Februar 2026	European Day of Demography	Population Europe
4. Februar 2026, online	Between Solidarity, Fairness, and Conflict. How we can reorganise intergenerational relations	Population Europe
6. Februar 2026	Internationaler Tag gegen weibliche Genitalverstümmelung	UN-Jahrestag
12. Februar 2026	Red Hand Day – Internationaler Tag gegen den Einsatz von Kindersoldaten	Terre des Hommes u. a.
20. Februar 2026	Welttag der sozialen Gerechtigkeit	UN-Jahrestag
27. Februar 2026	Welttag der Nichtregierungsorganisationen	EU u. a.
3. März 2026, online	Empowering rural women, strengthening families: Community-based solutions in practice (Breakfast Bytes Webinar)	COFACE
11. März 2026, Brüssel	Free To Stay, Family And Cohesion Policies For Territorial Development – 5th European Congress Of The European Network Of Family-Friendly Municipalities	ELFAC (European Large Families Confederation)
17. März 2026, Athen	Families in the age of Artificial Intelligence: Rights, inclusion and empowerment	COFACE Families Europe and KMOP
28.-30. Mai 2026, Brüssel	2026 ICCFR Conference: “Bridging Cultures, Building Families: Exploring the Dynamics of Multicultural Families” (Call)	International Commission on Couple and Family Relations
16.-18. Juni 2026, Donostia/San Sebastián	World Congress for Age-friendly Cities and Communities	Königreich Spanien, Autonome Gemeinschaft Baskenland und WHO

Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e. V. ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf), Zukunftsforum Familie (ZFF).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie setzt sich für die Belange der Familien ein und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und im europäischen Netzwerk zu transnationalen Familien TraFaDy (Transnational Family Dynamics in Europe) sowie in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße 14, 10785 Berlin ·
 Tel.: +49 (0)30 290 28 25-70
 E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: www.ag-familie.de
 Redaktion: Lars Vogelsang, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Gefördert vom:



Bundesministerium
 für Bildung, Familie, Senioren,
 Frauen und Jugend